



Inhaltsverzeichnis

27.09.2025	idw-online.de (Informationsdienst Wissenschaft): scienceBASEd: Kompensation für die Endlagerregion	3
27.09.2025	Hellweger Anzeiger - Unnaer Zeitung: Atomabfälle auf Reisen	4

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 idw-online.de (Informationsdienst Wissenschaft)

scienceBASEd: Kompensation für die Endlagerregion

27. September 2025 02:20 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Was sind die rechtlichen Grundlagen der Kompensation für die Region, in der ein Endlager gebaut wird? Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) lädt zu dieser Frage zu einer digitalen Veranstaltung ein. Am 29.9. wird ein Forschungsprojekt vorgestellt, das sich im Auftrag des BASE mit dieser Fragestellung befasst hat.

Zwar liegt der Bau eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle noch weit in der Zukunft, doch Errichtung, Betrieb und Nachverschlussphase werden zu Belastungen in der betroffenen Region führen. Entsprechend des Standortauswahlgesetzes sollen diese Belastungen durch gezielte ausgleichende Maßnahmen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung adressiert werden. Das Ergebnis der Diskussionen zu solchen Maßnahmen soll, unter Beteiligung der jeweiligen Standortregion, in einer „Standortvereinbarung“ resultieren. In diesem Prozess werden auch die zukünftigen Regionalkonferenzen im Rahmen des Standortauswahlgesetzes eine entscheidende Rolle spielen. Die rechtlichen Grundlagen einer solchen „Standortvereinbarung“ sind im Standortauswahlgesetz nicht näher definiert. Deshalb hat das BASE dieses Konzept im Rahmen seiner Forschung aus rechtswissenschaftlicher Perspektive untersucht. Das Forschungsvorhaben „Rechtswissenschaftliche Grundlagen zur Standortvereinbarung im Standortauswahlverfahren (REST)“ bearbeitete unter anderem Fragen zur Rechtsnatur, zum Inhalt und zur Beteiligung an der Erarbeitung der Vereinbarung. Außerdem wurde geprüft, ob in Anlehnung an vergleichbare Kontexte Erkenntnisse für die Entwicklung und Ausgestaltung der Standortvereinbarung gewonnen werden können. Konkret untersucht wurden der Strukturwandel in der Lausitz, der Belastungsausgleich für die Schachtanlage Asse II sowie die Kompensationsmaßnahmen bei dem geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle in der Schweiz.

Atomabfälle auf Reisen

Noch in diesem Jahr könnten die Castor-Transporte starten

Jülich/Düsseldorf. Die Transporte von 152 Atommüllbehältern von Jülich nach Ahaus können nach Einschätzung der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) noch 2025 starten. „Wir beabsichtigen, noch in diesem

Jahr mit den Transporten zu beginnen“, sagte JEN-Sprecher Jörg Kriewel. Einen festen Termin gebe es aber noch nicht.

Ende August hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die umstrittenen Transporte ins rund 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus genehmigt. Sie

sollen demnach auf der Straße erfolgen. Bei dem Atommüll handelt es sich um Brennelemente aus einem 1988 abgeschalteten Versuchsreaktor. Sie befinden sich in sogenannten Castoren – speziellen Schutzbehältern, die die gefährliche Strahlung weitgehend abschirmen.dpa

Wörter: 111
Seite: 1
Ressort: HA Unna / Titelseite
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 5.014 (gedruckt)¹
6.062 (verkauft)¹
7.261 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01171 (in Mio)²

Urheberinformation: Hellweger Anzeiger

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025